

# Washington News

Handel | Digital | Energie

Februar 2023



## Im Fokus



### Neues Wirtschaftsteam im Weißen Haus

Lael Brainard hat den Vorsitz des Nationalen Wirtschaftsrats als Nachfolgerin von Brian Deese übernommen. Dies hat US-Präsident Biden in einer Ansprache mitgeteilt. Brainard war zuvor stellvertretende Vorsitzende der Federal Reserve und diente während der Obama-Regierung als Staatssekretärin im US-Finanzministerium. Außerdem wurde Jared Bernstein als Nachfolger von Cecilia Rouse für den Vorsitz des *Council of Economic Advisers (CEA)* nominiert. Bernstein ist

bereits Mitglied des Rates. Für den damaligen US-Vizepräsident Biden war er dessen Chefökonom.

Der ehemalige Covid-Koordinator Jeff Zients hat das Amt des Stabschefs im Weißen Haus von Ron Klain übernommen. Zients leitete unter Präsident Obama den Nationalen Wirtschaftsrat. Zu den Prioritäten des neuen Wirtschaftsteams sollen die Umsetzung von Bidens wirtschaftspolitischer Agenda, die Bewältigung von Haushaltsstreitigkeiten zwischen Kongress und Administration, sowie Bekämpfung der anhaltenden Inflation gehören. (jm)



## Handel

### Verlängerung der Covid-Ausnahmeregelungen für Section-301-Zölle

Das Büro der US-Handelsbeauftragten (USTR) hat die Corona-Ausnahmeregelungen für medizinische Produkte nach Section 301 bis zum 15. Mai dieses Jahres verlängert. Bis zum 7. März bittet das Büro um Stellungnahmen, ob die Ausnahmeregelungen für aus China stammende medizinische Produkte um bis zu sechs Monate verlängert werden sollten.

### Erste Sitzungsrunde der STIP zwischen den USA und Kenia

Die USA und Kenia haben die erste Sitzungsrunde im Rahmen ihrer strategischen Handels- und Investitionspartnerschaft (STIP) abgeschlossen. Unter Leitung der

stellvertretenden US-Handelsbeauftragten für Afrika, Connie Hamilton, und des kenianischen Handels-ministers, Alfred K'Ombudo, tauschten sich beide Seiten über folgende Bereiche aus: (1) Land-wirtschaft, (2) Korruptionsbekämpfung, (3) digitaler Handel, (4) Umwelt und Klimaschutz, (5) Regulierungspraktiken, (6) Kleinst-, kleine und mittelgroße Unternehmen, (7) Arbeitnehmerrechtsschutz, (8) inländische Regulierung, (9) Unterstützung der Beteiligung von Frauen, Jugendlichen und anderen Minoritäten am Handel, (10) Zusammenarbeit bei Handelsrichtlinien, (11) Handelserleichterungen und Zollverfahren. Weitere Treffen sollen in den kommenden Monaten stattfinden.



### **IPEF-Verhandlungsrunde in Neu-Delhi, Indien**

Das indische Ministerium für Handel und Industrie war im Februar Gastgeber einer Sonderverhandlungsrunde für das *Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF)* in Neu-Delhi. Sharon Yuan, Beraterin des US-Wirtschaftsministeriums (DOC) und Verhandlungsführerin für IPEF, leitete die US-Delegation. Themen der Sitzungen waren die IPEF-Säulen II „Lieferketten“, III „grüne Wirtschaft“ und IV „faire Wirtschaft“. Laut Marisa Lago, Staatssekretärin für internationalen Handel im DOC, haben die 14 IPEF-Partner dabei ihr Engagement bekräftigt, hohe Standards für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand ihrer Volkswirtschaften zügig erreichen zu wollen. Einzelheiten zur nächsten Verhandlungsrunde werden in Kürze bekannt gegeben. (sh)



## Digital



### **Neues Gremium soll Durchsetzung der Exportkontrollen verschärfen**

Mithilfe der sogenannten *Disruptive Technology Strike Force* sollen das *Bureau of Industry and Security (BIS)* im US-Wirtschaftsministerium (DOC) und die *National Security Division* im US-Justizministerium die US-Exportkontrollen für fortschrittliche Technologien durchsetzen. Die zentrale Aufgabe der neuen Strike Force sei es, US-Gegner am Erwerb von Technologien

in Bereichen wie künstliche Intelligenz, Supercomputing und fortschrittlicher Fertigung zu hindern. Die neue Einheit soll von Bundesstaatsanwälten in wichtigen US-Städten unterstützt werden. Weiter ist eine Kooperation mit dem Privatsektor und internationalen Partnern vorgesehen.

### **McCaul untersucht Chinas Handel mit „State Sponsors of Terrorism“**

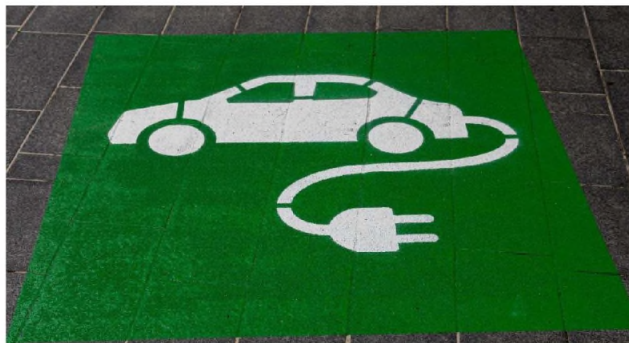
Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus, Michael McCaul (R-TX), hat vom *Bureau of Industry and Security (BIS)* Informationen über Chinas Exporte von US-Technologie an sogenannte *State Sponsors of Terrorism (SST)* angefordert. Kuba, Nordkorea, Iran und Syrien werden vom US-Außenministerium als SSTs eingestuft. Damit ist für die Ausfuhr oder Wiederausfuhr der meisten in der Commerce Control List aufgeführten Güter in diese Länder eine Genehmigung erforderlich. McCaul hat nun die Befürchtung geäußert, dass China die US-Ausfuhrkontrollen missachten könne und das BIS nicht über ausreichende Mittel verfüge, um die aus China in die SST-Länder versandten Waren zu kontrollieren.

### **USA und Indien vertiefen ihre Zusammenarbeit im Technologiebereich**

Hochrangige Beamte der USA und Indiens sind in Washington zur Eröffnungssitzung der *Initiative on Critical and Emerging Technology (iCET)* zusammengekommen. Die beiden Länder haben neue bilaterale Kooperationsbemühungen in den Bereichen Quantencomputer, künstliche Intelligenz, Halbleiterlieferketten, Raumfahrt, Verteidigungstechnologien und Telekommunikationsregulierung angekündigt. Im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit beider Länder hat die Biden-Regierung angekündigt, sich für den Abbau von US-Exportbeschränkungen für Hochleistungscomputertechnologie nach Indien einzusetzen. (jm)



## Energie



### US-Verkehrsministerium veröffentlicht Standards für förderfähige Ladesäulen

Die neue Regulierung stellt die finalen Ansprüche an förderfähige Ladesäulen dar und wurde in enger Absprache zwischen dem US-Verkehrs- und dem US-Energieministerium getroffen. Laut des Weißes Hauses soll die neue Regelung Kompatibilität zwischen

den bisher noch nicht vereinheitlichten Ladesäulen verschiedener Hersteller schaffen. Die Mittel zur Förderung des Ausbaus stammen aus dem *National Electric Vehicle Infrastructure Program (NEVI)* des *Bipartisan Infrastructure Law (BIL)* und unterliegen strengen *final assembly* und *Buy America*-Vorschriften. Das US-Fernstraßenbundesamt (FHWA) hat jedoch eine Ausnahmegenehmigung (außer für Ladesäulengehäuse) bis 1. Juli 2024 erlassen. Tesla kündigte – nach zweijähriger Auseinandersetzung – in diesem Zusammenhang an, mindestens 7.500 seiner Ladesäulen so umzurüsten, dass Fahrzeuge anderer Hersteller sie zukünftig nutzen können.

### US-Finanzministerium passt SUV-Klassifizierung an EPA-Verbraucherstandard an

Die aktualisierte Fahrzeugklassifizierung erfolgte nach Kritik, dass die Klassifizierung des US-Finanzministeriums von kleinen SUVs als Pkw erstere von den IRA-Steuerbegriffen für Elektrofahrzeuge ausgeschlossen hätte. Für die Steuerbegriff werden Fahrzeugklassifizierungsstandards verwendet, um die im IRA genannten Preisobergrenzen (MSRP) für förderfähige Fahrzeuge zu bestimmen. Die neue Klassifizierung ist jetzt an die verbraucherorientierte EPA-Kennzeichnungsnorm für Kraftstoffverbrauch angeglichen. Sie unterscheidet konsequenter zwischen SUV und PKW und lässt somit auch kleine SUVs unter die Obergrenze von 80.000 US-Dollar fallen. Die neue Norm gilt rückwirkend für bereits 2023 gekaufte Fahrzeuge.

### Neue Richtlinien zum IRA-Investment Tax Credit (ITC)

Das US-Finanzministerium hat gemeinsam mit dem US-Energieministerium und der US-Steuerbehörde IRS zwei Richtlinien veröffentlicht. Die erste Richtlinie führt Rahmenbedingungen und Beispiele für förderfähige Projekte im Rahmen des *Qualifying Advanced Energy Project Credit (48C)* im IRA an. Die Steuerbegriff erlaubt es Projekten, für Investitionen in Fertigungs- und Recyclinganlagen von *Clean Energy Products* den *Investment Tax Credit (ITC)* des IRA in Anspruch zu nehmen. Die zweite Richtlinie detailliert den 20 % Bonus des ITC, wenn Solar- und Windprojekte in benachteiligten Kommunen errichtet werden.

### Gesetzentwurf zur schnelleren Genehmigung für LNG-Export-Terminals

Vier republikanische Senatoren haben den sogenannten Natural Gas Export Expansion Act eingebracht, welcher beschleunigte Genehmigungsverfahren für LNG-Exportterminals

auch für Zielländer ermöglichen würde, die kein Freihandelsabkommen mit den USA abgeschlossen haben. Hierzu zählt auch die EU. Die letzte Version des Gesetzentwurfs aus dem Jahr 2021 scheiterte im Kongress. Allen gemein ist jedoch, dass dem Präsidenten oder dem Kongress die Möglichkeit gegeben wird, Länder aus Gründen der nationalen Sicherheit von beschleunigten Genehmigungsverfahren auszuschließen. Sanktionierte Länder sind automatisch ausgeschlossen. Es ist unklar, ob der Gesetzentwurf diesmal genügend Unterstützung findet. Die Einbringung des Entwurfs erfolgt vor dem Hintergrund eines Treffens von Führungskräften US-amerikanischer und europäischer LNG-Unternehmen mit Vertretern der Europäischen Kommission in Washington, um die Pläne der EU für ein Konsortium zum Erwerb von amerikanischem Erdgas zu erörtern. (pm)

## ICYMI



Anfang Februar wurden in Atlanta die Ergebnisse der jährlichen Umfrage „German American Business Outlook“ vorgestellt. Mehr als 200 in den USA tätige deutsche Unternehmen hatten diesmal an der Umfrage teilgenommen. In den kommenden drei Jahren planen 93 Prozent der Befragten einen Ausbau ihres US-Geschäfts, 22 Prozent planen mehr als 10 Millionen US-Dollar in den USA zu investieren. Mehr als zwei Drittel der befragten Unternehmen erwarten ein Wachstum der US-Wirtschaft. Bedenken äußerten die Unternehmen über den Mangel an Fachkräften und der Inflation. Alle Ergebnisse der GABO-Umfrage finden Sie hier. (srs)

## Impressum

### Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

#### Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

#### DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit [www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)**



Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW, Suite 1200,  
Washington , DC 20036

Aus Mailingliste austragen {E-Mail-Adresse des Empfängers}

Constant Contact Datenschutzerklärung

Gesendet von publications@rgit-usa.com unterstützt von



Try email marketing for free today!

# Washington News

## Handel | Digital | Energie

### März 2023



## Im Fokus



### **USA und EU streben einen Dialog zu Steueranreizen an**

Bei ihrem Treffen in Washington haben EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und US-Präsident Biden einen neuen EU/US-Dialog angekündigt. Ziel soll es insbesondere sein, dass sich in der EU gewonnene Mineralien für die IRA-Steuerzuschüsse für „grüne Fahrzeuge“ qualifizieren können. Ferner sollen die

Anreizprogramme für grüne Energie im IRA und im Green Deal Industrial Plans der EU aufeinander abgestimmt werden. Der Dialog soll Teil des Handels- und Technologierates (TTC) werden und auch als Forum für den Informationsaustausch über nicht-marktwirtschaftliche Praktiken dienen. Dabei steht China im Fokus.

Festgelegt wurde außerdem ein Zeitplan für den Abschluss eines globalen Abkommens über nachhaltigen Stahl und nachhaltiges Aluminium bis Oktober 2023. Diese Vereinbarung soll allen Partnern offenstehen, die sich für die Verringerung der Kohlenstoffintensität und den Abbau nicht marktgerechter Überkapazitäten bei Stahl und Aluminium einsetzen. Die USA und die EU planen auch, ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Exportkontrollen, Forschungsaufsicht und Überprüfung von ein- und ausgehenden Investitionen auszuweiten.

Von der Leyens Besuch in den USA folgte auf ein ähnliches Treffen mit dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau vom 6. bis 8. März. Dabei hatten beide ihr Engagement für die Sicherung kritischer Rohstoffversorgungsketten im Rahmen einer strategischen Partnerschaft zwischen Kanada und der EU bekräftigt. (jm)



## Handel

### **Bidens Budget für 2024 legt Schwerpunkt auf Wettbewerb mit China**

Die Biden-Administration hat dem US-Kongress ihr Budget für das Jahr 2024 vorgelegt. Der Plan enthält 50 Millionen Dollar zur Förderung des *Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF)* und 2,3 Milliarden Dollar für das US-Außenministerium und die US-

*Agency for International Development (USAID)* zur Unterstützung starker, offener und sicherer Allianzen im Indo-Pazifikraum. Die zweite Runde der IPEF-Verhandlungen findet diese Woche auf der indonesischen Insel Bali statt. Ziel ist es, Chinas Aktivitäten im indo-pazifischen Raum entgegenzuwirken. Dafür sollen diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen gestärkt sowie in Lieferketten, Infrastruktur und Finanzierungsinstrumente investiert werden.

Das Büro der US-Handelsbeauftragten (USTR) hat mit 77,87 Mio. US-Dollar eine im Vergleich zum Vorjahr geringfügige Erhöhung seines Budgets beantragt. Dabei soll die hohe Inflation und die Zunahme an Reisekosten berücksichtigt werden. Der Budgetvorschlag unterstreicht die Abkehr von traditionellen Freihandelsabkommen und Zöllen. Stattdessen konzentriert sich die Behörde auf multinationale Rahmenabkommen mit Verbündeten. Der Fokus liegt auf Lieferketten und sauberer Energie.

### **USTR veröffentlicht Jahresbericht zu Bidens Handelsagenda**

Das USTR hat seine handelspolitische Agenda für 2023 und den Jahresbericht von 2022 veröffentlicht. Die Handelsagenda 2023 der US-Regierung soll sich auf Arbeitnehmerrechte, Dekarbonisierung und den Ausbau der Beziehungen mit Partnerländern konzentrieren.

Weitere Schwerpunkte sind der Ausbau kritischer Lieferketten und die Verteidigung demokratischer Werte. Im Bericht werden Erfolge wie das IPEF, die APEC, Handelsinitiativen mit Taiwan und Kenia sowie eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit der EU gegenüber der marktfeindlichen Politik Chinas hervorgehoben. In seinem Jahresbericht sowie in einem an den Kongress gerichteten Bericht kritisierte das USTR Chinas Verstöße gegen die WTO-Vorschriften, sein staatlich gelenktes Nichtmarktsystem, die Verletzung von Arbeitnehmerrechten und Chinas schwache Umweltvorschriften. Gesetzgeber beider Parteien sind der Meinung, dass die Agenda nicht weit genug gehe und kritisierten, dass der Schwerpunkt auf „Partnerschaften“ liegt und nicht auf durchsetzbaren Freihandelsabkommen mit hohen Standards.



### **President's Export Council wiederhergestellt**

Präsident Biden hat den President's Export Council wiedereingeführt. Das hochrangige Beratungsgremium setzt sich aus Mitgliedern des privaten Wirtschaftssektors und der Regierung zusammen und soll Empfehlungen zur Steigerung der US-Exporte geben. Der Rat wird den Präsidenten bei Regierungspolitik und Programmen unterstützen, die sich auf den US-Handel auswirken und die Exporterweiterung fördern. Des Weiteren bietet der Export Council ein Forum für die Diskussion handelsbezogener Fragen mit Vertretern aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Regierung.

### **USMCA - USA fordert Überprüfung von Verstößen gegen Arbeitnehmerrechte**

Die Biden-Administration hat zum siebten Mal den Rapid Response Labor Mechanism (RRM) des USA-Mexiko-Kanada (USMCA) Abkommens eingesetzt. Die US-Anfrage an Mexiko folgte einer Beschwerde mexikanischer Gerwerkschaften, dass Arbeitern eines Werks von Unique Fabricating in Santiago de Querétaro das Recht auf Vereinigung und Tarifverhandlungen verweigert worden war. Mexiko hat nun zehn Tage Zeit um sich zur Überprüfung des Falls bereitzuerklären und bis Mitte April um diese abzuschließen. Im Zusammenhang mit dieser Anfrage wies US-Handelsbeauftragte Katherine Tai die US Finanzministerin Yellen an, alle bislang noch nicht getätigten Zahlungen für Lieferungen aus dieser Fabrik von Unique Fabricating anzuhalten. Botschafterin Tai betonte außerdem die wichtige Rolle, die der RRM für die arbeitnehmerzentrierte Handelspolitik der US-Regierung spielt. (sh)



## Digital



### Weißes Haus veröffentlicht nationale Cybersicherheitsstrategie

Das Weiße Haus hat eine neue Strategie zur Cybersicherheit veröffentlicht. Sie sieht eine engere Zusammenarbeit zwischen Regierungsbehörden und dem privaten Sektor sowie internationalen Partnern vor. Ein Schwerpunkt ist zudem Investitionen in die Ausbildung von Fachkräften. Um die

Widerstandsfähigkeit in allen kritischen Sektoren zu fördern, kündigte die Regierung an, die Mindestanforderungen an die Cybersicherheit zu erhöhen. Außerdem soll die Sicherheit von Produkten und Dienstleistungen durch Designanpassungen gefördert werden. Die USA wollen auch verstärkt gegen aggressive Cyber-Akteure vorgehen und sich auf internationaler Ebene für die Förderung von Normen für verantwortungsbewusstes Verhalten im Cyber-Raum einsetzen. Die US Chamber of Commerce sprach sich für eine Angleichung der Rechtsvorschriften aus und plant bei der Umsetzung der Strategie mit der Regierung zusammenzuarbeiten.

### USA und Indien unterzeichnen Absichtserklärung über Halbleiter-Lieferketten

Eine von US-Wirtschaftsministerin Gina Raimondo und ihrem indischen Amtskollegen Piyush Goyal im Rahmen des amerikanisch-indischen Handelsdialogs in Neu-Delhi unterzeichnete Absichtserklärung sieht die Schaffung eines Mechanismus zur Koordinierung der Politik im Bereich der Halbleiterproduktion vor. Die Absichtserklärung soll Markt-Schwachstellen bewerten, Anreizprogramme aufeinander abstimmen und private Investitionen fördern. Das Bureau of Industry and Security soll parallel im Rahmen des *India-US Strategic Trade Dialogue* an der Angleichung der Exportkontrollen und dem Austausch von Informationen arbeiten.

### Weißes Haus und Kongress schlagen weitere Beschränkungen chinesischer Technologie vor

Das Weiße Haus und das US-Wirtschaftsministerium (DOC) haben erklärt, dass sie die von einer parteiübergreifenden Gruppe von Senatoren eingebrachten Gesetzesvorschläge unterstützen. Der Gesetzentwurf würde das US-Wirtschaftsministerium ermächtigen, Produkte der Informations- und Kommunikationstechnologie einzuschränken oder zu verbieten, die von kontroversen Ländern kontrolliert werden und ein Risiko für die nationale Sicherheit darstellen. Die republikanische Mehrheit im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des US-Repräsentantenhauses hat derweil einen weiteren Gesetzentwurf verabschiedet, der Technologien und Dienstleistungen aus China einschränken soll. Laut Demokraten im US-Repräsentantenhaus sei die Formulierung jedoch zu weit gefasst und könnte bestehende Überprüfungsmechanismen für ausländische Investitionen überflüssig machen. (jm)



## Energie

### Republikaner bringen energiepolitischen Gesetzesvorschlag ein

Die Republikaner im US-Repräsentantenhaus haben ihre zentralen energiepolitischen Forderungen in einem Gesamtpaket zur Abstimmung gestellt. Der sogenannte *Lower Energy Costs Act (LECA)* oder H.R. 1 soll Energiekosten senken, Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen und die Energieautarkie der USA stärken. Der

Gesetzesvorschlag enthält Maßnahmen für schlankere Prüfungsverfahren für Energie- und Bergbauprojekte im Rahmen des National Environmental Policy Act (NEPA). Weitere Provisionen würden einen zukünftigen Fracking-Bann verbieten, Pflichtquoten für die Ausgabe von Öl- und Gasbohrlicenzen festschreiben und Kritik an Bidens Beendigung des Baus der Keystone XL Ölsand-Pipeline üben. Ferner würde der Gesetzesentwurf zentrale Komponenten des Inflation Reduction Act (IRA) aufheben. Republikaner sehen im LECA die Verhandlungsgrundlage mit dem demokratisch-kontrollierten Senat. Ein konkurrierender Vorschlag von Senator Joe Manchin (D-WV), der sich auf die Reform von Genehmigungsverfahren beschränkt, gilt als demokratische Verhandlungsbasis. Die Abstimmung über den LECA ist auf Ende März angesetzt.



### **Präsident Biden genehmigt „Willow“ Ölbohrprojekt in Alaska**

Das US-Innenministerium hat einem vorgeschlagenen Projekt des Ölkonzerns ConocoPhillips zugestimmt. Aus dem Abschlussbericht geht hervor, dass Bedenken über langfristige Umweltauswirkungen dazu geführt hatten, dass nur drei der beantragten fünf Förderstätten genehmigt wurden. Zusätzlich gibt ConocoPhillips Bohrrechte an circa 27.500 Hektar Land zurück an die US-Petroleum-Reserve NPR-A. Das 2020 von Trump genehmigte Projekt findet Zuspruch bei beiden politischen Parteien in Alaska, in Teilen der dortigen indigenen Bevölkerung und von US-Gewerkschaften. Die Unterstützer versprechen sich dadurch einen wirtschaftlichen Aufschwung der Region. Umweltverbände und Teile der indigenen Bevölkerung kritisierten das Projekt aufgrund der geschätzten 280 Millionen Tonnen neuer Treibhausgasemissionen. Mehrere Umwelt- und Naturschutzverbände reichten Sammelklage ein. Kritik, dass die Genehmigung neuer Ölprojekte Bidens Pläne für die Energiewende untergrabe, begegnete das Weiße Haus mit einem Zulassungsverbot künftiger Öl- und Gasprojekte im gesamten US-Gebiet des arktischen Ozeans.

### **US-Ministerien stellen neue Förderprogramme für grüne Technologien vor**

Das US-Energieministerium (DOE) hat ein Initiativprogramm in Höhe von 6 Milliarden US-Dollar zur Förderung der Dekarbonisierung energieintensiver Industrien vorgestellt. Das *Office of Clean Energy and Demonstrations (OCED)* fördert im Rahmen des Programms die Hälfte der Kosten für Pilotprojekte in den Sektoren Eisen und Stahl, Zement und Beton, Chemie und Raffination sowie Aluminium.

Des Weiteren initiierte das DOE ein Förderprogramm in Höhe von 750 Millionen US-Dollar für Forschung, Entwicklung und Anwendungsdemonstration der Elektrolyse von sauberem Wasserstoff. Das Programm soll die Grundlagenforschung voranbringen, um frühzeitig Hindernisse für den Hochlauf der Technologie zu identifizieren. Zusätzlich gab das US-Verkehrsministerium bekannt, dass für den Ausbau von Ladesäuleninfrastruktur ab sofort Darlehen in Höhe von 700 Millionen US-Dollar für Anträge der Einzelstaaten und Kommunen offenstehen. Die Förderung ist Teil des sogenannten *Charging and Fueling Infrastructure Program* und richtet sich primär an Infrastruktur abseits des US-Bundesautobahnnetzes. (pm)



## In Kürze

In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer Institut bietet die Delegation of German Industry and Commerce am 23. März um 15:00 Uhr MEZ ein Webinar zum Thema *Shaping the Path to Sustainability* an. Dabei werden Fragen erörtert wie „Wie gehen wir mit steigenden Energiekosten um?“ und „Was ist unser Beitrag in der Kreislaufwirtschaft?“. Außerdem bietet das Institut einen Überblick, wie Unternehmen mit Hilfe von ressourcen-effizienter



Produktion und dem Einsatz umweltfreundlicher Produkte den Weg zur Nachhaltigkeit ebnen können. Mehr Informationen zum Thema und den Link zur Anmeldung finden Sie [hier](#). (srs)



## Impressum

### Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

**Kontakt:**

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

**DISCLAIMER**

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit [www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)**



Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW, Suite 1200, Washington, DC 20036

Aus Mailingliste austragen {E-Mail-Adresse des Empfängers}

Constant Contact Datenschutzerklärung

Gesendet von [publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com) unterstützt von



Try email marketing for free today!

# Washington News

Handel | Digital | Energie

April 2023



## Im Fokus

### US-Wirtschaft zeigt sich widerstandsfähig, aber Gegenwind zieht auf

Die US-Inflationsrate ist im ersten Quartal dieses Jahres weiter gesunken. Der Verbraucherpreisindex (VPI) weist aber weiterhin einen Gesamtanstieg von 5 % im Vergleich zum Vorjahr auf. Die Arbeitslosenquote blieb konstant bei 3,5 %, wobei sich die Einstellungsrate leicht verlangsamt. Die US-Notenbank hatte die Zinssätze weiter angehoben. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird sich voraussichtlich verlangsamen.



Laut Umfragen der *US Chamber of Commerce* und des *Business Roundtable* bereitet die Inflation Inhabern und Geschäftsführern kleiner US-Unternehmen die größten Sorgen. Die Mehrheit der befragten Kleinunternehmer gab an, die Anzahl der Beschäftigten beibehalten oder weitere Mitarbeiter einstellen zu wollen. Allerdings sei der Zugang zu Kapital schwieriger geworden.

Ein neuer Bericht der *US Chamber of Commerce* zeigt auch eine Zunahme politischer Risiken für Unternehmen in den vergangenen Jahren. Häufige Wechsel in der parteipolitischen Führung des Kongresses und der Regierung sowie der vermehrte Einsatz von Exekutivanordnungen seien die Hauptfaktoren für diese Unsicherheit. Mit Aufrufen zu parteiübergreifenden Vereinbarungen über die Schuldenobergrenze und die Genehmigungsreform wollen *US Chamber* und *Business Roundtable* dem entgegenwirken. (jm)



## Handel

### IPEF-Verhandlungsrunde auf Bali, Indonesien

Das US-Handelsministerium (USTR) und das US-Wirtschaftsministerium (DOC) haben vom 15. bis 19. März am zweiten Treffen zum *Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF)* auf Bali teilgenommen. Die Partnerländer hatten dort die Möglichkeit,



sich über den vom USTR vorgelegten Verhandlungstext zu Säule I (Handel) auszutauschen. Außerdem wurden die Gespräche über die vom DOC vorgelegten Verhandlungstexte zu den Säulen II, III und IV (Lieferketten, grüne Wirtschaft, faire Wirtschaft) fortgesetzt. Vor Beginn der Gespräche hatte die US-Delegation Mitarbeiter des US-Kongresses über den aktuellen Stand der Verhandlungen informiert. Dennoch äußerten sich Republikaner und

Demokraten besorgt über die begrenzte Absprache der Regierung mit dem Kongress bei den Handelsverhandlungen. Bei den Anhörungen im Finanzausschuss des US-Senats und im *Ways and Means*-Ausschuss des US-Repräsentantenhauses wurde USTR-Botschafterin Katherine Tai von beiden Parteien befragt. Kritisiert wurde, dass die Regierung die Themen Marktzugang, Durchsetzungskapazitäten, "technologische Handelshemmnisse" und IP-Regeln nicht in die IPEF-Verhandlungen aufgenommen hatte. Die dritte Runde der IPEF-Verhandlungen findet im Mai in Singapur statt.

### **US/AmCham-Bericht: "The Transatlantic Economy 2023"**

Die *US-Chamber of Commerce* und die *American Chamber of Commerce to the EU* (AmCham EU) haben ihren alljährlichen Bericht "*The Transatlantic Economy*" veröffentlicht. Die Ergebnisse unterstreichen die Widerstandsfähigkeit der transatlantischen Beziehungen. Trotz des Krieges in der Ukraine, Lieferkettenunterbrechungen, Energieverlagerung und hoher Inflation erzielten Investitionen, Handel und Unternehmensgewinne im Jahr 2022 gute Ergebnisse. Der Warenhandel zwischen den USA und der EU erreichte einen Rekordwert von 909,5 Mrd. US-Dollar.

Die USA haben ihren Export von Flüssigerdgas (LNG) nach Europa von 2021 bis 2022 mehr als verdoppelt. Zudem erreichten die Erträge von Tochtergesellschaften US-amerikanischer Unternehmen in Europa und europäischer Unternehmen in den USA den bisher zweithöchsten Stand. Die meisten Exporte europäischer Unternehmen in den USA stammten von Unternehmen aus Deutschland mit einem Gesamtwert von 47 Milliarden Dollar, gefolgt vom Vereinigten Königreich (42 Milliarden Dollar) und den Niederlanden (38 Milliarden Dollar). Des Weiteren war Deutschland der wichtigste europäische Exportmarkt für 23 US-Bundesstaaten und die wichtigste Quelle für europäische Importe für 30 US-Bundesstaaten.

### **2023 National Trade Estimate Report on Foreign Trade Barriers**

Das Büro der US-Handelsbeauftragten (USTR) hat den diesjährigen Bericht über ausländische Handelshemmnisse veröffentlicht. Dieser bietet einem Überblick über ausländische Handelshemmnisse für die USA beim Export von Waren und Dienstleistungen, ausländischen Direktinvestitionen und elektronischen Handel in den wichtigsten US-Exportmärkten.

Unter digitale Handelshemmnisse aufgeführt sind unter anderem Chinas Gesetze zur Datensicherheit und zum Schutz personenbezogener Daten, der *Digital Services Act* und der *Digital Markets Act* der Europäischen Union sowie die Lokalisierungspolitik mehrerer IPEF-Partner. Das USTR verweist auch auf eine Zunahme technischer Handelshemmnisse (TBT) in der EU. Diese seien auf EU-Regulierungsprozesse zurückzuführen, bei denen eine öffentliche Bekanntmachung oder eine Kommentierungsfrist gefehlt hatten. Darüber hinaus wurde der Konformitätsbewertungsrahmen der EU als "restriktiv" bewertet und als "Hindernis für den Marktzugang" beschrieben. US-Interessenvertreter äußerten Bedenken, dass die Ausnahmen für technische Schutzmaßnahmen und Privatkopien in Deutschland zu weit gefasst seien. Der Bericht erwähnt auch den Streit um Zivilflugzeuge und weist darauf hin,

dass die Vereinigten Staaten die staatliche Finanzierung von Airbus genau nachverfolgen werden. (sh)



## Digital

### Länder vereinbaren Technologiekontrollen zum Schutz der Menschenrechte

Auf dem virtuellen Gipfel für Demokratie am 29. und 30. März haben die Vereinigten Staaten und ihre Partnerländer gemeinsame Maßnahmen angekündigt, um die internationale Verbreitung kommerzieller Spionagesoftware einzudämmen. Gleichzeitig billigten sie einen freiwilligen Verhaltenskodex zur Berücksichtigung der Menschenrechte bei der Durchführung von Exportkontrollen. US-Präsident Biden unterzeichnete eine begleitende Exekutivanordnung, um der US-Regierung die Verwendung kommerzieller Spionageprogramme zu untersagen, die ein Risiko für die nationale Sicherheit darstellen oder für Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden könnten. Der Verhaltenskodex für Exportkontrollen fordert seine Unterzeichner auf, Kontrollen für Technologien mit doppeltem Verwendungszweck durchzuführen. Zu den 24 Ländern, die den Verhaltenskodex gemeinsam mit den USA unterzeichnet haben, gehören mehrere europäische Länder, darunter Deutschland, sowie Nationen des indopazifischen Raums wie Japan, Südkorea und Australien.

### USA veröffentlichen CHIPS-Investitionsrichtlinien

Das US-Wirtschaftsministerium und das US-Finanzministerium haben neue Vorschriften für Unternehmen erlassen, die an den CHIPS-Förderprogrammen für die Halbleiterherstellung teilnehmen. Danach sollten sich diese Unternehmen verpflichten, keine Erweiterung ihrer Betriebe in sogenannten „Problemländern“ vorzunehmen. Außerdem dürfen die teilnehmenden Unternehmen ihre Produktionsstätten für fortschrittliche Halbleiter nicht um mehr als fünf Prozent der derzeitigen Kapazität erweitern und für diese Einrichtungen keine Transaktionen über 100.000 Dollar vornehmen. Erweiterungen von Anlagen zur Herstellung älterer Chips sollen sich auf 10 Prozent der derzeitigen Kapazität beschränken, wobei 85 Prozent der Produktion dieser Anlagen in Produkte einfließen müssen, die für den Inlandsmarkt des Gastlandes vorgesehen sind. Verstöße gegen diese Bestimmungen könnten dazu führen, dass die für die Chip-Produktion erhaltenen Subventionen oder Steuergutschriften zurückgezahlt werden müssen.

### USA und Partner veröffentlichen Leitlinien für Cybersicherheitsprodukte

Die Leitlinien der Cybersicherheitsbehörden der USA, Australiens, Kanadas, des Vereinigten Königreichs, Deutschlands und der Niederlande haben Grundsätze für technische Produkte definiert, die von vornherein und standardmäßig als „sicher“ gelten. Bei sicher konzipierten Produkten ist Cybersicherheit direkt in das System integriert, um ein angemessenes Maß an Schutz vor Cyberangriffen zu gewährleisten. Bei "sicheren Standardprodukten" gehört die Sicherheitskonfiguration zur Grundeinstellung. So muss sich der Nutzer nicht vorab für eine sichere Einstellung entscheiden.



Des Weiteren enthält der Leitfaden Anweisungen für die Herstellung von Produkten, die beide Kriterien erfüllen, z. B. die Implementierung einer Einzelanmeldung und die Durchführung von Codeprüfungen. Außerdem sollten Unternehmen Schwachstellen im Bereich der Cybersicherheit melden und wirksame interne Strukturen zur Umsetzung von Sicherheitspraktiken und zur Reaktion auf Bedrohungen einrichten. (jm)



## Energie



### **E-Auto Steuergutschrift: US-Finanzministerium schlägt Implementierung der Provisionen für Batteriekomponenten und Kritische Mineralien vor**

Das US-Finanzministerium hat einen Regelvorschlag veröffentlicht, der die Auslegung der Anforderungen an Batteriekomponenten und die Herkunft kritischer Mineralien beinhaltet. Die kritischen Mineralien in Batterien förderfähiger Elektrofahrzeuge unter der IRA-Steuergrütschrift 30D müssen zu bestimmten

Prozentsätzen aus den USA oder aus Ländern stammen, mit denen die USA ein Freihandelsabkommen unterhalten. Der Regelvorschlag erklärt einen dreiteiligen Prozess zur Berechnung des Wertes an kritischen Mineralien, sowie die sogenannte „*procurement chain*“, die der Berechnung zugrunde liegt. Die Definition eines „Freihandelsabkommens“ beinhaltet im Regelvorschlag alle Länder mit ratifizierten traditionellen Freihandelsabkommen, sowie Länder mit sektoralen Abkommen, wie das bereits unterzeichnete Rohstoffabkommen zwischen den USA und Japan. Dem US-Finanzministerium steht es laut Regelvorschlag frei, zukünftig geschlossene Abkommen der Liste hinzuzufügen.

Bezüglich der Anforderungen an die Batteriekomponenten förderfähiger Fahrzeuge definiert der Regelvorschlag die Schlüsselbegriffe „*manufacturing*“ und „*processing*“ sowie Komponenten, die nicht zu den Bestandteilen einer Batterie zählen. Umstritten ist die Entscheidung des Ministeriums, einige Materialien für Anoden und Kathoden (welche überwiegend aus Asien stammen) als „kritische Mineralien“ statt als „Batteriekomponenten“ zu definieren. Damit wären diese Materialien nicht den strengen Auflagen für Komponenten unterworfen. Seit dem 17. April müssen sich Autohersteller an den Regelvorschlag halten. Bis zum 16. Juni bittet das US-Finanzministerium um öffentliche Stellungnahmen.

**EPA schlägt Verschärfung der Emissionsgrenzen für Fahr- und Nutzfahrzeuge vor**  
Zwei Regelvorschläge der US-Umweltschutzbehörde (EPA) verengen die flottenweiten Emissionsgrenzen für Autohersteller. Laut EPA wird die nominell Technologie-neutrale Regel für PKW dazu führen, dass elektrische Fahrzeuge bis 2032 zwei Drittel aller Autoverkäufe ausmachen werden. Beginnend mit dem Modelljahr 2027 gelten für „Leichtfahrzeuge“ (PKW) flottenweite Emissionsgrenzen von 82 Gramm CO<sub>2</sub> pro Meile. Die EPA erwartet außerdem, dass die Regulierung für Nutzfahrzeuge dazu führen wird, dass die Hälfte aller Busse und ein Viertel aller Langstreckenfahrzeuge bis 2032 elektrifiziert sein werden. Beide Regelvorschläge sind offen für Stellungnahmen, der Regelvorschlag für PKW für 60 Tage, der für Nutzfahrzeuge für 50 Tage. Republikanischgeführte Staaten und die Öl- und Gasindustrie kündigten Klagen gegen die Regelvorschläge an. (pm)

### **DOE veröffentlicht Berichte zum Markthochlauf von Wasserstoff, Langzeitenergiespeichern und moderner Atomenergie**

In drei neu veröffentlichten Berichten erfasst das US-Energieministerium (DOE) den aktuellen Stand der Kommerzialisierung neuer Technologien und gibt einen Ausblick auf deren erwartete Entwicklung. Dabei trägt das DOE auch den erwarteten Auswirkungen des Inflation Reduction Act (IRA) und des Infrastrukturgesetzes (IIJA) Rechnung. Im

Bereich Sauberer Wasserstoff wird die Wichtigkeit der Technologie für schwer-zu-dekarbonisierende Industrien betont. Das DOE erwartet einen Hochlauf, unterstützt durch seine Förderprogramme und die IRA-Steuerzuschüsse, von circa zehn Millionen Tonnen pro Jahr bis 2030 und 50 Millionen Tonnen pro Jahr bis 2050. Insgesamt entstünden dabei Investitionsmöglichkeiten in Höhe von 85 bis 215 Milliarden US-Dollar bis 2030. Marktreife und Rentabilität erwartet das DOE bereits in den kommenden 5 Jahren. Als größte Herausforderung wird mangelnde Infrastruktur genannt.

Das DOE erwartet einen Zuwachs von 225 bis 460 Gigawatt (GW) Kapazität an Langzeitspeichertechnologien, um auf mangelnde Kapazitäten des Stromnetzes zu reagieren und Schwankungen der Netzfrequenz auszugleichen. Bis 2050 werden dabei Investitionen in Höhe von 330 Milliarden US-Dollar erwartet. Ferner wird in einem weiteren Bericht fortgeschrittene Atomenergie als ein kritischer Teil der Energiewende in den USA deklariert. Unter der Annahme, dass die Technologie wettbewerbsfähig mit erneuerbaren Energiequellen wie Solar und Wind sein wird, prognostiziert das DOE bis 2050 einen Anteil von 200 GW Atomstrom an den erwarteten 500 bis 770 GW neuer sauberer Energieerzeugung. Berichte zu weiteren Technologien und Sektoren sollen im Verlauf des Jahres publiziert werden. Das DOE nimmt Rückmeldungen zu den Berichten entgegen. (pm)

## ICYMI



Im Rahmen des Washington Besuchs von Bundesratspräsident Dr. Peter Tschentscher und der mitreisenden Wirtschafts- und Wissenschaftsdelegation, angeführt von Frau Staatsrätin Almut Moeller, informierte die Delegation of German Industry and Commerce (DGIC) über transatlantische Wirtschaftsthemen und die Schwerpunkte der gegenwärtigen US-Administration. (srs)

## Impressum

### Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

#### Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

#### DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and

Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit [www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)**



Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW, Suite 1200,  
Washington , DC 20036

Aus Mailingliste austragen {E-Mail-Adresse des Empfängers}

Constant Contact Datenschweis

Gesendet von publications@rgit-usa.com unterstützt von



Try email marketing for free today!

# Washington News

Handel | Digital | Energie

Mai 2023



## Im Fokus



### Verhandlungen zum Schuldenstreit dauern an

US-Präsident Joe Biden und der Sprecher des Repräsentantenhauses Kevin McCarthy (R-CA) verhandeln weiter, um einen möglichen Zahlungsausfall der US-Regierung zu verhindern. Nach Prognosen von US-Finanzministerin Janet Yellen wäre die US-Regierung ab dem 1. Juni zahlungsunfähig, sollte die Schuldenobergrenze nicht angehoben werden. Als Bedingung verlangt die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus Haushaltskürzungen. Das Weiße Haus lehnt ab, die Haushaltsverhandlungen mit der Anhebung der Schuldengrenze zu verbinden, zeigt sich aber kompromissbereit.

Zur Debatte stehen ungenutzte Covid-Rettungsgelder, die Finanzierung verschiedener Sozialprogramme und die Festlegung von Obergrenzen für Haushaltspläne der kommenden zwei bis zehn Jahre. Reformen für Planungs- und Genehmigungsverfahren für Energieprojekte sind ebenfalls Verhandlungsmasse. Beide Seiten betonen, dass sie einen Zahlungsausfall vermeiden wollen, aber ihre Positionen zu weit auseinander liegen.

Der Schuldenstreit hat sich bereits negativ auf die US-Auslands- und Inlandspolitik ausgewirkt. Biden hatte wegen der Verhandlungen seine Reise nach Australien und Papua-Neuguinea absagen müssen. Einige Haushaltssitzungen im Repräsentantenhaus wurden bis zur Streitleösung vertagt. (jm)



## Handel

### IPEF-Verhandlungen in Singapur

Vertreter des Büros der US-Handelsbeauftragten USTR und des US-Wirtschaftsministeriums DOC haben vom 8. bis 15. Mai am dritten Treffen zum *Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF)* in Singapur teilgenommen. Die US-Delegation leitete die Diskussionen zu den Säulen I (Handel), II (Lieferketten), III (Saubere Wirtschaft) und IV (Faire Wirtschaft). Mehrere Entwicklungsländer äußerten ihre Besorgnis darüber, dass der von den USA vorgelegte digitale Text den Mitgliedsregierungen nicht genügend Spielraum für die Regulierung digitaler Bereiche

ließe. Gleichzeitig kritisierten einige Abgeordnete und US-Unternehmensgruppen, dass die Regeln für den digitalen Handel nicht ausreichen und die digitale Handelspolitik von großen Technologieunternehmen vorangetrieben werde. Die Fortsetzung der IPEF-Verhandlungen findet Ende dieses Monats mit der zweiten Ministerkonferenz in Detroit, Michigan, statt.



### **USA und Taiwan kündigen Handelsabkommen an**

Die USA und Taiwan haben die erste Phase der U.S.-Taiwan-Initiative zum Handel des 21. Jahrhunderts abgeschlossen. Das endgültige Abkommen soll in den kommenden Wochen unterzeichnet werden. Das Abkommen soll Maßnahmen zur Handelserleichterung umfassen, einschließlich der Zollverwaltung (elektronische Formulare und Zahlungen) und Optimierung inländischer Vorschriften sowie verbesserte regulatorische und korruptionsbekämpfende Praktiken. Die USA und Taiwan beabsichtigen, die Gespräche über Arbeit, digitalen Handel, Umwelt, Normen und nichtmarktbezogene Maßnahmen fortzusetzen. Das Abkommen wird nicht als traditionelles Freihandelsabkommen betrachtet und bedarf nicht der Zustimmung des Kongresses. Die Ankündigung des Handelspakts erfolgte eine Woche vor den geplanten Treffen zwischen dem chinesischen Handelsminister Wang Wentao und der US-Handelsbeauftragten Katherine Tai sowie der US-Wirtschaftsministerin Gina Raimondo.

### **Biden nutzt Veto-Recht, um Zoll auf Solaranlagen auszusetzen**

Am 28. April hatte das Repräsentantenhaus in einer parteiübergreifenden Abstimmung dafür gestimmt, die von Präsident Biden verhängte Aussetzung der Zölle auf Importe von Solaranlagen aus Südostasien zu beenden. Eine Reihe von Unternehmen in den betroffenen Ländern (Kambodscha, Malaysia, Thailand und Vietnam) stehen im Verdacht, die bestehenden Zölle auf chinesische Solaranlagen zu umgehen. Der Gesetzentwurf wurde am 3. Mai mit 56 zu 41 Stimmen vom Senat verabschiedet, wobei neun Demokraten dafür stimmten.

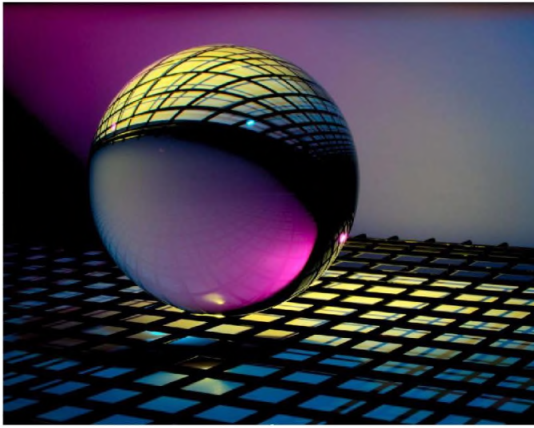
Die Befürworter des Gesetzentwurfs argumentierten, dass gleiche Wettbewerbsbedingungen notwendig seien, um die einheimische Produktion zu steigern und die Führungsrolle der USA in der Solarindustrie zu sichern. Demokraten und Handelsgruppen für saubere Energie warnten, dass die Pause bei den Zöllen notwendig sei, um die Binnennachfrage zu decken, während die US-Hersteller Kapazitäten aufbauten. Präsident Biden schloss sich dieser Meinung an und legte am 16. Mai sein Veto ein. Der Präsident beabsichtige nicht, die Zollausssetzung nach Ablauf des Zweijahreszeitraums im Juni 2024 zu verlängern. (sh)



## Digital

### **US-Regierung: Neue Berichte über verantwortungsvolle KI-Entwicklung**

Das Weißes Haus hat eine Aktualisierung des Nationalen Strategieplans für KI-Forschung und Entwicklung veröffentlicht. Dieser beinhaltet neun Strategien zur Steuerung der US-Investitionen für KI-Entwicklung und konzentriert sich auf die gesellschaftlichen und sicherheitstechnischen Auswirkungen Künstlicher Intelligenz. Unter anderem werden mehr Initiative zur Ausbildung von Arbeitskräften und eine engere Zusammenarbeit mit internationalen Partnern bei der Entwicklung von KI-Standards gefordert. Das *Office of Science and Technology Policy (OSTP)* des Weißen Hauses hat die Öffentlichkeit aufgefordert, sich zu den Auswirkungen der KI auf die nationale Sicherheit, Bürgerrechte,



das Wirtschaftswachstum und andere Bereiche zu äußern. Die Kommentare sollen in eine künftige nationale KI-Strategie einfließen. Interessierte haben bis zum 7. Juli Zeit ihre Kommentare abzugeben.

#### **DOC stellt Finanzierungsmöglichkeit für Technologiezentren vor**

Die *Economic Development Agency (EDA)* des US-Wirtschaftsministeriums hat ihre erste Ausschreibung für die Unterstützung regionaler Technologiezentren veröffentlicht, die im Rahmen des *CHIPS and Science Act*

genehmigt worden war. Regionale Konsortien aus Unternehmen, Regierungsbehörden, akademischen Einrichtungen und anderen Gruppen können sich um Fördermittel zur Unterstützung der Technologieentwicklung in zehn vorrangigen Bereichen bewerben, darunter KI, Quantencomputer, fortschrittliche Halbleiter, Biotechnologie und fortschrittliche Materialien. Die EDA wird in der ersten Phase mindestens 20 regionale Zentren auswählen und zusätzliche Zuschüsse zur Strategieentwicklung für zukünftige Zentren vergeben. Die Konsortien können sich bis zum 15. August um eine Anschubfinanzierung bewerben.

#### **US-Regierung stellt Normungsstrategie für Zukunftstechnologien vor**

Das Weiße Haus hat eine Strategie zur Normung von Zukunftstechnologien veröffentlicht. Damit unterstreicht die US-Regierung ihren Einsatz für eine regelbasierte und vom Privatsektor geleitete Entwicklung von Normen für vorrangige Technologiebereiche wie KI, Halbleiter, Biotechnologie und saubere Energie. Dafür plant die Biden-Regierung Investitionen in Forschung und Entwicklung zu erhöhen und die Beteiligungen Privatunternehmen und der Hochschulen an der internationalen Normenentwicklung zu unterstützen. Weitere Gelder sollen in die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften fließen. Die Biden-Regierung versprach auch die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern in Normungsgremien zu erhöhen, insbesondere in der Internationalen Fernmeldeunion. (jm)



## Energie

#### **Umsetzungsrichtlinie des Domestic Content Bonus vorgeschlagen**

Das US-Finanzministerium und die Steuerbehörde IRS haben die Umsetzungsrichtlinie für den Domestic Content Bonus einiger Steuergutschriften des *Inflation Reduction Act (IRA)* vorgeschlagen. Damit strebt die Biden-Regierung einen Mittelweg an, um die Lieferketten erneuerbarer Energien in die USA zu verlegen und gleichzeitig die Verfügbarkeit von Steuergutschriften weitreichend sicherzustellen. Der Bonus für *Domestic Content* umfasst 10 Prozentpunkte für die Investitionssteuergutschrift für sauberen Strom (ITC) und 10 Prozent für die Produktionssteuergutschrift für sauberen Strom (PTC). Jedoch kann nur einer der beiden Steuergutschriften in Anspruch genommen werden.

Der Regelvorschlag orientiert sich an den Buy-America-Regeln und überträgt diese auf den Steuerbonus. So müssten für den Domestic Content Bonus 100 Prozent des strukturellen Stahls und Eisens eines Projekts aus den USA stammen, während die sonstigen Fertigungsprodukte zunächst zu 40 Prozent aus den USA stammen müssten (20 Prozent für Offshore-Windkraftanlagen). Am dringendsten erwartet wurde die Klassifizierung von Stahl, Eisen und Fertigungsprodukten für erneuerbare Technologien wie Solar- und Windkraft. Hier hat das US-Finanzministerium eine sogenannte *Safe-Harbor*-Klassifizierung gewählt, die Komponenten fest in die Kategorien „Stahl/Eisen“ oder

„Fertigungsprodukte“ einordnet. Blicke dieser Ansatz bestehen, würde die Einordnung von Produkten rechtssicher und langfristig planbar. Vertreter der US-Industrie sind gespaltenen Meinung bezüglich des Regelvorschlages. Befürworter loben die Balance zwischen Anreiz und Verfügbarkeit, während Kritiker die Leitlinien als nicht strikt genug empfinden, um Lieferketten von Asien in die USA zu verlegen. Das US-Finanzministerium bittet um öffentliche Stellungnahmen zu den Produktklassifizierungen.

### **EPA-Vorschlag zur CO2 Reduktion von Kraftwerken umstritten**

Die US-Umweltschutzbehörde EPA hat neue Standards für CO2-Emissionen fossilbetriebener Kraftwerke veröffentlicht. Die vorgeschlagene Regulierung würde neue Grenzwerte und Richtlinien für kohle- und gasbetriebene Kraftwerke festlegen. Jene müssten ihre CO2-Emissionen zwischen 2035-2040 um 90 Prozent reduzieren oder den Betrieb einstellen. Die Rechtfertigung der starken Reduktionsvorschrift basiert auf der attestierten Verfügbarkeit von sogenannten Kontrolltechnologien wie CO2-Abscheidung und -Speicherung (CCS) oder Wasserstoffbeimischung.

Der EPA zufolge haben die Energieversorgungsunternehmen ausreichend Zeit, die neuen Anforderungen zu erfüllen. Ferner seien die Auswirkungen auf Preise unwesentlich, und es ließen sich bis 2042 bis zu 617 Millionen Tonnen CO2 vermeiden. Kritiker aus der Energiewirtschaft weisen auf potenziell problematische Auswirkungen auf die ohnehin regional angeschlagene Netzstabilität hin. Der demokratische Zentrist Senator Joe Manchin (D-WV) kündigte an, aus Protest alle von Präsident Biden für die EPA nominierten Personen im Senat zu blockieren, falls die Regierung den Vorschlag nicht zurückzieht. Natur- und Umweltschutzverbände befürworten den Vorschlag, kritisieren jedoch, dass er auf der Verfügbarkeit von Technologien beruht, deren Effizienz, Effektivität und Markthochlauf nicht ausreichend bewiesen sind. Auch die Ausnahmen für einige Gaskraftwerke wurden kritisiert. Der Regulierungsvorschlag könnte Klagen vor dem Obersten Gerichtshof durch republikanisch-geführte Bundesstaaten und Öl- und Gasunternehmen ausgesetzt sein. Der Oberste Gerichtshof schränkte noch 2022 die Befugnis der EPA zur Regulierung von Emissionen stark ein. Der Regulierungsvorschlag steht bis zum 24. Juli für öffentliche Stellungnahmen zur Verfügung. Virtuelle Anhörungen finden am 13. und 14. Juni statt. Die Regulierung soll im Frühjahr 2024 finalisiert werden.

### **EPA-Regulierung von LKW-Stickoxidemissionen**

Das US-Repräsentantenhaus stimmte einem gemeinsamen Beschluss beider Kammern zu, welcher die jüngst durch die US-Umweltschutzbehörde EPA verschärften Emissionsgrenzen für Stickoxide aus LKW aussetzen würde. Die verschärften Grenzwerte gelten ab Modelljahr 2027 und wurden erstmals seit 2003 aktualisiert. Im Repräsentantenhaus



stimmten vier Demokraten mit der republikanischen Mehrheit für den Beschluss, während ein Republikaner mit den Demokraten dagegen stimmte. Im Senat stimmte Sen. Joe Manchin (D-WV) mit der republikanischen Minderheit für die Regel. Präsident Biden kündigte sein Veto an. Der Kongressbeschluss konnte keine ausreichend qualifizierte Mehrheit auf sich vereinigen, um solch ein Veto überstimmen zu können. Gegen die verschärfte Stickoxidregel wurden bislang keine Klagen eingereicht. (pm)



ICYMI



In Begleitung der BDI-Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner war Anfang dieser Woche eine Unternehmerdelegation der Transatlantic Business Initiative (TBI) in Washington zu Gast. Es ist der zweite Besuch der Initiative, die sich für die Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen einsetzt. Die 18 Teilnehmer

hatten die Möglichkeit, sich mit Regierungsvertretern, Kongressmitgliedern und Interessenvertretern auszutauschen. Das Programm endete mit einem Empfang im Decatur House mit 150 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. (srs)



## Impressum

### Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

#### Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

#### DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit [www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)**



Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW, Suite 1200,  
Washington, DC 20036

Aus Mailingliste austragen {E-Mail-Adresse des Empfängers}

Constant Contact Datenhinweis

Gesendet von [publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com) unterstützt von



Try email marketing for free today!

# Washington News

Handel | Digital | Energie

Juni 2023



## Im Fokus



### Biden-Administration intensiviert Diplomatie im Indopazifik

Vergangene Woche reiste US-Außenminister Blinken nach Peking zu Gesprächen mit dem chinesischen Präsident Xi und hochrangigen chinesischen Außenpolitikern. Es war der erste Besuch eines US-Chefdiplomaten in China seit 2018. Auf der Agenda standen eine Reihe von Themen, die derzeit die US-chinesischen Beziehungen betreffen, u.a.

Taiwanstraße, wirtschaftspolitische Beschränkungen und die Festnahmen einiger US-Geschäftsleute in China. Beide Seiten einigten sich auf weitere hochrangige Treffen in Washington und Peking, um die offene Kommunikation fortzusetzen.

Kurz vor Blinkens Besuch in China war der nationale Sicherheitsberater, Jake Sullivan, in Indien und Japan zu Gast. Dort traf er sich mit Indiens Premierminister Modi und seinen Amtskollegen aus Japan, Südkorea und den Philippinen. Die Partnerländer diskutierten eine Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in der Region, auch in Bereichen wie Infrastruktur, Energieversorgung und Investition.

Außerdem ist Premierminister Modi diese Woche zu Besuch bei US-Präsident Biden in Washington. Laut des Weißen Hauses sollen während des Besuchs Kooperationen in Bereichen wie Quantencomputing, Halbleiterproduktion, nachhaltige Energietechnologien und in der Rüstungsindustrie besprochen werden. Zollsenkungen und WTO-Konflikte stehen nicht auf der Agenda. (jm)

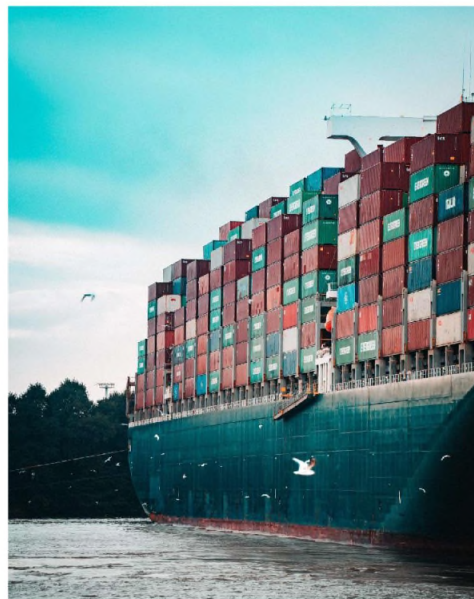


## Handel

### IPEF-Ministertreffen in Detroit

Die Verhandlungen über das IPEF-Lieferkettenabkommen konnten auf dem Ministertreffen in Detroit Ende Mai abgeschlossen werden. Das Abkommen zielt darauf

ab, durch gemeinsame Aktivitäten und Einzelmaßnahmen der IPEF-Partnerländer die Widerstandsfähigkeit, Effizienz, Nachhaltigkeit, Transparenz und Diversifizierung der Lieferketten zu verbessern. Das Abkommen schlägt drei neue Gremien vor, um die Zusammenarbeit zu erleichtern: den *Supply Chain Council*, das *Supply Chain Crisis Response Network* und das *Labor Rights Advisory Board*. Die endgültige Fassung des IPEF-Lieferkettenabkommens soll erst nach inländischen Konsultationen und rechtlichen Überprüfungen ausgearbeitet werden. Außerdem haben sich die Mitglieder zu Vorbereitungsarbeiten verpflichtet, einschließlich der Ernennung von Vertretern der drei neuen Gremien. Die Vereinigten Staaten erwägen während der nächsten IPEF-Runde ein Symposium zu Lieferketten zu veranstalten und versuchen, den *President's Export Council* für Exkursionen zu gewinnen. Die nächste IPEF-Verhandlungsrunde findet vom 9. bis 15. Juli in Busan, Südkorea, statt.



### **ITC soll Treibhausgasemissionen untersuchen**

Das Büro der US-Handelsbeauftragten USTR hat die Internationale Handelskommission (ITC) gebeten, eine Untersuchung zu Treibhausgasemissionen durchzuführen. Die Untersuchung soll eine Umfrage bei amerikanischen Stahl- und Aluminiumherstellern umfassen. Darin werden Hersteller um Informationen zu ausländischem Eigentum und Emissionen gebeten, die der US-Umweltschutzbehörde EPA bislang noch nicht gemeldet wurden. Die Treibhausgasemissionen werden in drei Bereiche klassifiziert: (1) direkte Emissionen aus der Anlage, (2) indirekte Emissionen aus der eingekauften Energie der Anlagen und (3) indirekte Emissionen, die nicht unter (2) fallen und in der Wertschöpfungskette des befragten Unternehmens entstehen. In ihrem Schreiben an die ITC forderte die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai die Fertigstellung des öffentlichen Berichts bis zum 28. Januar 2025. Gleichzeitig betonte sie das Ziel, die Verhandlungen über das globale Abkommen fuer nachhaltigen Stahl und Aluminium mit der EU bis Oktober 2023 abzuschließen.

### **Kongress setzt Autorität im Handel durch**

Der Ways-and-Means-Ausschuss des US-Repräsentantenhauses hat einstimmig die erste Phase der US-Taiwan-Initiative zum Handel im 21. Jahrhundert genehmigt. Die Ausschussmitglieder unterstützen das Abkommen, das die Bereiche Zollverwaltung, Handelserleichterungen, Regulierungspraktiken und innerstaatliche Vorschriften umfasst. Allerdings äußerten sich die Mitglieder unzufrieden, dass die Administration ohne Zustimmung des Kongresses Handelsentscheidungen trifft. Mitglieder beider politischer Parteien halten die Gesetzgebung für notwendig, um die verfassungsgemäße Aufsicht des Kongresses über den Handel zu gewährleisten. Die Administration argumentiert, dass das Abkommen keine Maßnahmen des Kongresses bedürfe, da es weder Zölle senkt noch abschafft.

Neben der Genehmigung der ersten Phase sieht der Gesetzentwurf vor, dass die Administration den Kongress bei künftigen Verhandlungen konsultiert und dessen Zustimmung für alle weiteren Abkommen (z. B. über Normen, digitalen Handel, Arbeit und Umweltschutz) im Rahmen der Initiative einholt. Mitarbeiter des Kongresses hielten ähnliche Gesetze zu IPEF und APEP für nicht auszuschließen, sobald diese Verhandlungen abgeschlossen sind. In einem Schreiben an die Mitglieder des Finanzausschusses verteidigte die Verwaltung ihr Engagement gegenüber dem Kongress in Bezug auf IPEF und betonte die Berechtigung der Administration, diese Verhandlungen ohne Zustimmung des Kongresses fortzusetzen. (sh)



## Digital



### USA und UK streben nach Datenschutzabkommen

US-Präsident Biden und UK-Premierminister Sunak haben eine grundlegende Vereinbarung zur Etablierung einer sogenannten Datenbrücke zwischen beiden Ländern angekündigt. Die bilaterale Datenbrücke soll private Daten von Personen in den USA und dem Vereinten Königreich schützen sowie regulatorische Belastungen für Unternehmen reduzieren.

Laut des US-Wirtschaftsministeriums (DOC) soll das Datenschutzabkommen bis Ende 2023 abgeschlossen werden.

### US-Senat nimmt KI in den Fokus

Senatsmehrheitsführer Chuck Schumer (D-NY) hat einen neuen legislativen Rahmen zur Regelung der Künstlichen Intelligenz vorgestellt, das *SAFE Innovation Framework*. Die fünf Säulen des Rahmenwerks sind (1) Schutz der nationalen und ökonomischen Sicherheit, (2) Verantwortlichkeit bei Fragen zu Fehlinformationen oder Vorurteilen, (3) Unterstützung demokratischer Grundwerte, (4) Erklärbarkeit von KI-Systemen und (5) Förderung von Innovationen in den USA. Schumer hat auch eine neue überparteiliche Arbeitsgruppe zu KI gegründet. Vorsitzende relevanter Ausschüsse wurden dazu angehalten, Gesetzentwürfe unter dem neuen Rahmen zu entwickeln. (jm)



## Energie

### Oberster US-Gerichtshof schränkt Umfang des Clean Water Act ein

In einer 5-zu-4 Entscheidung im Fall *Sackett v. Environmental Protection Agency* überholte der Oberste US-Gerichtshof den Test für die Anwendung des *Clean Water Act (CWA)*, einem zentralen Umweltschutzgesetz seit 1972. Dabei ging es um die Frage, welche Kriterien ein „Feuchtgebiet“ erfüllen muss, um von den Umweltregularien des CWA geschützt zu werden.

Die konservative Mehrheit des Gerichts schränkte mit ihrer Definition die Aufsicht der Bundesregierung über Sumpf- und Mooregebiete stark ein. Mit der neuen Definition fallen nur noch Feuchtgebiete unter das Gesetz, die eine direkte und ununterbrochene Verbindung ihrer Wasseroberflächen zu Flüssen und Seen der USA haben. Seit 2006 galt ein „Nexus“, also die unmittelbare Nähe oder unterirdische Verbindungen zu Wasserwegen, als ausreichend. Der konservative Richter Brett Kavanaugh schloss sich den drei liberalen Richtern in einer gegenläufigen Urteilsbegründung an. Das Weißes Haus und Umweltschutzverbände kritisieren die Entscheidung scharf, während Wirtschafts- und Industrieverbände die regulatorische Planungssicherheit der Entscheidung loben.



### Schuldenobergrenze-Deal mit Reform von Planungs- und Genehmigungsverfahren

Die Verhandlungen der Schuldenobergrenze zwischen US-Präsident Biden und Sprecher Kevin McCarthy (D-CA) mündeten in einem Kompromissvorschlag mit einigen Sonderprovisionen. Um die Dauer der Planungs- und Genehmigungsverfahren von sowohl erneuerbaren als auch fossilen Energieprojekten zu senken, wurden maximale Prüfungszeiten für das Umweltpfugesetz NEPA (*National Environmental Policy Act*) festgelegt. Die Prüfdauer von Energieprojekten mit geringem Einfluss auf die Umwelt darf fortan maximal ein Jahr betragen und der Bericht nur maximal 75 Seiten umfassen. Die Prüfdauer von Projekten mit signifikanten Auswirkungen darf maximal zwei Jahre betragen und der Bericht maximal 150 Seiten umfassen (300 bei komplexen Projekten). Bei Überschreitung der Maxima können Antragsteller Klage einreichen. Außerdem wird nur eine einzelne Behörde für die Umweltprüfung zuständig sein (sog. „*Lead Agency*“), auch wenn mehrere Behörden eine solche Überprüfung verlangen. Ferner wurden solche Projekte, die Speicherkapazitäten im Stromnetz schaffen als wichtige Infrastruktur klassifiziert und unterliegen somit künftig schnelleren und schlankeren Genehmigungsprozessen. Viele Demokraten verlangen zusätzlich Reformen bei der Genehmigung von Überlandleitungen, allerdings enthielt der Kompromissvorschlag lediglich die Anfertigung einer Studie zur Konnektivität der drei regionalen Stromnetze. Der Kongress sprach außerdem der finalen Zulassung der „*Mountain Valley Pipeline*“ zwischen Virginia und West-Virginia seine Unterstützung aus.

### Erste Richtlinien zur Monetarisierung von IRA-Steuerzuschüssen

Das US-Finanzministerium hat die erste Implementierungsrichtlinie zu zwei neuen Instrumenten der Monetarisierung von Steuerzuschüssen des *Inflation Reduction Act* (IRA) vorgeschlagen. Beide Instrumente zielen darauf ab, den Kreis der Steuerzahlenden mit Anspruch auf die Zuschüsse zu erweitern. Mit „Direct Pay“ können auch steuerbefreite Organisationen die Zuschüsse beantragen und erhalten diese in voller Höhe ausbezahlt. Diese Option steht staatlichen und steuerbefreiten Einrichtungen für zwölf der Zuschüsse zur Verfügung, während Unternehmen die Direktzahlung für drei Steuerzuschüsse nutzen können (*Advanced Manufacturing Tax Credit 45X, Clean Hydrogen Tax Credit 45V, Carbon Capture and Sequestration Tax Credit 45Q*). Das „Transferability“-Instrument ermöglicht es Unternehmen, die kein *Direct Pay* verwenden, eine der 11 Steuerzuschüsse für saubere Energie gegen Geldwert an eine dritte (nicht verbundene) Partei zu übertragen. Die Richtlinie legt dar, welche Organisationen für die zwei Monetarisierungsoptionen in Frage kommen. Die Richtlinie erklärt ebenfalls Verfahren und Zeitplan der Beantragung von Zuschüssen sowie eine neue elektronische Vorabregistrierung für Steuerzahlende.

Zusätzlich wurde die Implementierungsrichtlinie zum Bonus für den Bau von qualifizierten Projekten in Energiekommunen oder Kommunen mit niedrigem Einkommen überarbeitet. Die Überarbeitung der Richtlinie und der Karte wurden nötig, um technische Details zu klären und neue Arbeitslosenzahlen heranzuziehen. (pm)



## In Kürze



Laut des *German American Business Outlook* (GABO) ist der Fachkräftemangel die größte Herausforderung für deutsche Unternehmen in den USA. Die Delegation of German Industry and Commerce (DGIC) bietet vom 20. bis 21. September einen **Fly-In Workshop** zum Thema *Workforce Development with Policymakers in DC* an. Das Programm bietet Ihnen die Gelegenheit, sich mit

Entscheidungsträgern in Washington zu vernetzen. Mehr Informationen und den Link zur Anmeldung finden Sie [hier](#). (srs)



## Impressum

### Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

**Kontakt:**

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

### **DISCLAIMER**

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit [www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)**



Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW, Suite 1200,  
Washington , DC 20036

Aus Mailingliste austragen {E-Mail-Adresse des Empfängers}

Constant Contact Datenschutzhinweis

Gesendet von [publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com) unterstützt von



Try email marketing for free today!

# Washington News

## Im Blickpunkt

Liebe Leser:innen,

um Hintergründe zu beleuchten, die in der Kürze eines Artikels oft nicht darstellbar sind, lassen wir Ihnen gelegentlich „Washington News: Im Blickpunkt“ zukommen. „Im Blickpunkt“ erläutert detaillierte Gesetzespakete, Initiativen, Trends oder Entwicklungen aus dem politischen Washington.

Diese Ausgabe beleuchtet die zwei weit diskutierten und auch kritisierten Steuergutschriften des *Inflation Reduction Act* (IRA): den *Clean Electricity Investment Tax Credit* (ITC) und den *Clean Electricity Production Tax Credit* (PTC). Für beide Steuergutschriften gibt es einen sogenannten Domestic Content-Bonus (Inlandsanteilbonus) für die Nutzung von US-amerikanischem Stahl, Eisen und anderen Industrieerzeugnissen. Im Folgenden finden Sie eine Zusammenfassung der beiden Steuergutschriften und des Inlandsanteilbonus.

Wie immer freuen wir uns über Ihr Feedback und Ihre Anregungen.

Beste Grüße

Ihr Washington News Team

### **Implementierung des IRA: ITC, PTC und *Domestic Content Bonus***

Patrick McCown, RGIT  
Juli 2023

#### **Hintergrund: Was ist der Domestic Content Bonus?**

Im Rahmen des *Inflation Reduction Act* (IRA) gilt ein Inlandsanteilbonus für zwei Steuergutschriften: für den *Renewable Electricity Production Tax Credit* (PTC) und den *Energy Investment Tax Credit* (ITC). Der PTC erhält einen Bonus von 10 Prozent und der ITC einen Bonus von 10 Prozentpunkten. Sowohl der PTC als auch der ITC wurden bis 2024 verlängert und werden ab 2025 durch den *Clean Electricity Production Tax Credit* und den *Clean Electricity Investment Tax Credit* ersetzt. Steuerzahler können nur einen der beiden Steuergutschriften in Anspruch nehmen. Der PTC ist eine 0,3-Cent-Gutschrift pro produzierter Kilowattstunde erneuerbaren Stroms. Der ITC hingegen beträgt 6% der Investitionshöhe eines erneuerbaren Energieprojekts.

Steuerzahler können von einer Reihe an Bonusgutschriften für den PTC und ITC profitieren. Folgende Boni stehen zur Verfügung:

- eine Verfünfachung der jeweiligen Basisgutschrift gibt es bei Erfüllung der Anforderungen zu Löhnen und Ausbildungen;
- einen Bonus von 10% für den Bau von Projekten in Gebieten, die als „Energiegemeinden“ ausgewiesen sind;
- einen Bonus von 10% für die Durchführung von Projekten in Gebieten, die als „einkommensschwache Gemeinden“ oder als Stammesland der US-Ureinwohner ausgewiesen sind (20% Bonus für Projekte in Wohngebäuden mit niedrigem Einkommen oder als Teil von Wirtschaftsförderungsprojekten);
- einen Bonus von 10% bei Erfüllung der Inlandsquoten für Stahl, Eisen und

Dieser Inlandsanteilbonus gilt nur für qualifizierte Projekte/Anlagen, die den Anteil US-Produkte am Projekt (*Domestic Content*-Anteil, s.u.), sowie eine der folgenden Bedingungen erfüllen:

1. das Projekt hat eine maximale Nettoleistung von weniger als 1 Megawatt;
2. mit dem Bau des Projekts wurde vor dem 29. Januar 2023 begonnen;
3. das Projekt erfüllt die Anforderungen des IRA hinsichtlich vorherrschender Löhne und Ausbildungsquoten (siehe Fußnote drei). Erfüllt das Projekt diese Anforderungen nicht, kann die Steuergutschrift um bis zu 80% gekürzt werden.

### **Implementierungsrichtlinie des US-Finanzministeriums**

In den vorgeschlagenen Richtlinien der US-Steuerbehörde IRS und des US-Finanzministeriums folgt der Inlandsanteilbonus den Präzedenzregelungen, die man aus den Buy America Anforderungen kennt. Die Definitionen von „manufactured“ und „produced“ sind identisch, und jeder „*Manufacturing Process*“ erfordert eine Veränderung oder Umwandlung der Form oder Funktion von Materialien oder Elementen, keine bloße Montage. Dementsprechend gibt es den Inlandsanteilbonus nur für Anlagen, die die geforderten Quoten in den USA hergestellten Stahls, Eisens und Industrieerzeugnisse erfüllen.

Verwendeter (struktureller) Stahl und Eisen müssen zu 100% in den USA hergestellt worden sein. Dies gilt jedoch nicht für Stahl oder Eisen in sogenannten „Industrieerzeugnissen“ (engl. *manufactured products*) oder in Komponenten von Industrieerzeugnissen sowie deren Unterkomponenten. In der Implementierungsrichtlinie werden hierfür Beispiele genannt: „Muttern, Bolzen, Schrauben, Unterlegscheiben, Schränke, Abdeckungen, Regale, Klammern, Beschläge, Muffen, Adapter, Bindedraht, Abstandshalter, Türscharniere und ähnliche Artikel, die hauptsächlich aus Stahl oder Eisen hergestellt werden, aber keine strukturelle Funktion haben, unterliegen nicht der Stahl- oder Eisenanforderung.“

Für Industrieerzeugnisse und deren Komponenten schreibt der Bonus einen gesetzlichen Mindestprozentsatz vor, den die Kosten aller Produkte und Komponenten ausmachen muss, welche „in den Vereinigten Staaten abgebaut, produziert oder hergestellt wurden.“ Der Prozentsatz beginnt bei 40% US-Produkte und erhöht sich ab 2025 auf 45%, ab 2026 auf 50% und ab 2027 auf 55%. Bei Offshore-Windprojekten beginnt der Prozentsatz hingegen nur bei 20% und erhöht sich ab 2025 auf 25%, ab 2026 auf 35%, ab 2027 auf 45% und ab 2028 auf 55%.

Wie bei den *Buy America*-Anforderungen können die Subkomponenten einer in den USA hergestellten Komponente weiterhin von außerhalb der USA bezogen werden. Das bedeutet, dass ein Steuerzahler die Kosten der zugrundeliegenden Komponenten seiner bezogenen Industrieerzeugnisse berücksichtigen muss, wenn sie aus dem Ausland bezogen werden. Die endgültige Bestimmung des prozentualen Inlandsanteils eines Projekts ist die Summe der Kosten aller US-Industrieerzeugnisse und deren US-Komponenten geteilt durch die Gesamtkosten aller Industrieerzeugnisse des Projekts. Indirekte Kosten werden bei dieser Berechnung nicht berücksichtigt (z.B. die Kosten für den Einbau einer Komponente in das Projekt). In den IRS-Richtlinien wird auch klargestellt, wie Arbeitskosten zu behandeln sind.

Mit der Richtlinie hat das US-Finanzministerium eine sogenannte *Safe-Harbor*-Liste (siehe Tabelle unten) gängiger *Clean-Tech*-Produkte und -Komponenten vorgeschlagen, in der sie den Kategorien „Stahl/Eisen“ oder „Industrieerzeugnis“ (engl. *manufactured product*) zugeordnet werden. Diese Liste gibt Steuerzahlern eine abgeschlossene Klassifizierung an die Hand, die Planungssicherheit für die Behandlung von Produkten und Komponenten im Hinblick auf die Berechnung des Bonus bietet.

Applicable Project Component	Category	Material
Utility-scale photovoltaic system	Steel photovoltaic module racking	Steel/Iron
	Pile or ground screw	Steel/Iron
	Steel or iron rebar in foundation (e.g., concrete pad)	Steel/Iron
	Photovoltaic tracker	Manufactured Product
	Photovoltaic module (which includes the following Manufactured Product Components, if applicable: photovoltaic cells, mounting frame or backrail, glass, encapsulant, backsheet, junction box (including pigtails and connectors), edge seals, pottants, adhesives, bus ribbons, and bypass diodes)	Manufactured Product
	Inverter	Manufactured Product
Land-based wind facility	Tower	Steel/Iron
	Steel or iron rebar in foundation (e.g., spread footing)	Steel/Iron
	Wind turbine (which includes the following Manufactured Product Components, if applicable: the nacelle, blades, rotor hub, and power converter)	Manufactured Product
	Wind tower flanges	Manufactured Product
Offshore wind facility	Tower	Steel/Iron
	Jacket foundation	Steel/Iron
	Wind tower flanges	Manufactured Product
	Wind turbine (which includes the following Manufactured Product Components, if applicable: the nacelle, blades, rotor hub, and power converter)	Manufactured Product
	Transition piece	Manufactured Product
	Monopile	Manufactured Product
	Inter-array cable	Manufactured Product
	Offshore substation	Manufactured Product
	Export cable	Manufactured Product
Battery energy storage technology	Steel or iron rebar in foundation (e.g., concrete pad)	Steel/Iron
	Battery pack (which includes the following Manufactured Product Components, if applicable: cells, packaging, thermal management system, and battery management system)	Manufactured Product
	Battery container/housing	Manufactured Product
	Inverter	Manufactured Product

Für nachgerüstete Projekte heißt es in der Richtlinie, dass ein Projekt gebrauchte Anlagen enthalten darf, solange der Marktwert 20% des Gesamtwerts des Projekts nicht überschreitet (80/20-Regel). Die 80% (d. h. der „neue“ Teil) müssen die Anforderungen des Inlandsanteilsbonus erfüllen.

Das US-Finanzministerium und der IRS haben zwar kein neues Formular für den Inlandsanteilsbonus eingeführt, aber die Richtlinie enthält eine umfassende Liste der erforderlichen Informationen, die in den Zertifizierungsprozess der Projekte aufgenommen werden müssen. Dazu gehören der Projekttyp, die beantragten Steuergutschriften, der Standort, der beantragte Gesamtbetrag der Gutschrift und eine eidesstattliche



Recep... möglich wieder in die USA zu verlagern. Andere Demokraten im Kongress sind mit den ausgegebenen Richtlinien hingegen nicht einverstanden, allen voran Senator Joe Manchin (D-WV), ein Zentrist der Demokraten und regelmäßiger Kritiker der Umsetzung des IRA. Er drohte sogar damit, für die vollständige Aufhebung des Gesetzes zu stimmen. Manchin sieht es als ausgesprochenes Ziel des IRA an, Produktionsstandorte und Lieferketten wieder in die USA zu ziehen. Eine großzügige beziehungsweise offene Implementierung des Gesetzespakets unterminiere dieses Ziel und schaffe Abhängigkeiten von China und anderen „unfreundlichen Staaten“.

Die republikanischen Mitglieder des Kongresses unterstützen im Allgemeinen strengere Richtlinien und strengere *Buy America(n)*-Anforderungen, um China aus US-Lieferketten auszuschließen.

Die *US Chamber of Commerce* unterstützt inländische Anreize, hat jedoch bereits früher davor gewarnt, dass strengere Buy America-Anforderungen den Fortschritt bei Infrastrukturprojekten im Rahmen des IJA (*Infrastructure Investment and Jobs Act*) und des IRA untergraben könnten.

Die *American Clean Power Association* (ACP), der US-Solarhersteller First Solar und die *Solar Energy Industries Association* (SEIA), die US-Solarmodulinstallateure sowie Unternehmen der gesamten Solarlieferkette vertritt, begrüßten die Richtlinie.

*Solar Energy Manufacturers for America* (SEMA) forderte strengere Richtlinien, insbesondere für die vorgelagerte Solarlieferkette, und kritisierte, dass die derzeitigen Bestimmungen nicht ausreichen, um eine heimische Solarlieferkette aufzubauen. SEMA warnte, dass dies zu einem Rückgang der Investitionen in die Produktion von Solarwafern, Ingots und Polysilizium in den USA führen werde.

## Nächste Schritte

Da es sich bei der Richtlinie um eine Bekanntmachung eines Regelungsvorschlags handelt, ist die endgültige Umsetzung der Anforderungen des Inlandsanteilbonus noch offen. Das US-Finanzministerium bat ausdrücklich um:

„[...] Beiträge zur Klassifizierung der Komponenten von Industrieerzeugnissen, insbesondere mit Blick auf die Weiterentwicklung von Technologien, neue Herstellungsverfahren und Lieferketten. Während die heutige Richtlinie einen sicheren Hafen mit bestimmten Klassifizierungen für bestimmte hergestellte Produkte festlegt, ist das Finanzministerium offen dafür, alternative Ansätze für die Klassifizierung in Betracht zu ziehen, einschließlich eines steuerspezifischen, technologieneutralen, prinzipienbasierten Ansatzes.“

Für weitere Fragen und Informationen wenden Sie sich gerne an RGIT.



## Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

### Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

### **DISCLAIMER**

Received by NSD/FARA Registration Unit 07/24/2023 9:37:42 AM  
This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit [www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)**



# Washington News

Handel | Digital | Energie

Juli 2023

Liebe Leserinnen und Leser,

Nach einem spannenden Frühjahr verabschiedet sich unser Redaktionsteam in die Sommerpause. Die nächste Ausgabe erscheint am 14. September.

Wir bedanken uns herzlich für Ihr beständiges Interesse an unserem Newsletter und wünschen Ihnen einen erholsamen Sommer!

Herzliche Grüße

Ihr Washington News Team



## Im Fokus



### Haushaltswürfe im Kongress liegen weit auseinander

In beiden Kammern des US-Kongresses wird derzeit über die Haushaltswürfe zur Finanzierung der Ressorts verhandelt. Laut der Vereinbarung von Mai zur Anhebung der Schuldenobergrenze muss der Kongress zwölf getrennte Haushaltsgesetze für die jeweiligen Ministerien und Behörden verabschieden. Da das Haushaltsjahr bereits am 30. September endet, wird eine kurzfristige

Verlängerung des jetzigen Ausgabenniveaus durch eine sogenannte Continuing Resolution erwartet. Sollten die Haushaltsgesetze nicht vor Ende des Kalenderjahres verabschiedet sein, werden gemäß der im Mai getroffenen Vereinbarung die Budgets in allen Bereichen um ein Prozent gekürzt.

Das von den Republikanern geführte Repräsentantenhaus bereitet unterdessen Entwürfe für tiefere Haushaltskürzungen als im „Schuldendeal“ vereinbart vor. Zum Beispiel würden die republikanischen Haushaltswürfe für das US-Wirtschaftsministerium und die US-Umweltbehörde EPA deren Ausgaben um 14 Prozent bzw. um 39 Prozent verringern. Das US-Verteidigungsministerium bleibt von großen Kürzungen verschont. Allerdings enthält das kürzlich vom Repräsentantenhaus verabschiedete Verteidigungsbudget umstrittene Einschränkungen bei Diversity-Initiativen und dem Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen für Militärangehörige.

Der mehrheitlich demokratische Senat will hingegen vorgeschlagene Haushaltskürzungen in vielen Fällen vermeiden. Senatoren im Haushaltsausschuss versuchen parteiübergreifend sogar die Ausgabenobergrenzen im Schuldendeal durch Zusatzgelder



## Handel

### **IPEF-Verhandlungsrunde in Busan, Südkorea**

Die 4. IPEF-Verhandlungsrunde fand vom 9.-15. Juli in Busan, Südkorea statt. Laut einer gemeinsamen Pressemitteilung des Büros der US-Handelsbeauftragten und des US-Wirtschaftsministeriums bauten die Gespräche auf den Diskussionen der vorangegangenen Verhandlungsrunde in Singapur und dem Ministertreffen im Mai auf. Einzelheiten der Verhandlungen wurden nicht bekannt gegeben. Die rechtliche Überprüfung des vorgeschlagenen IPEF-Lieferkettenabkommens (Säule II) wurde fortgesetzt, das Ergebnis jedoch noch nicht veröffentlicht. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Arbeitnehmervertreter haben die mangelnde Transparenz dieser Verhandlungen kritisiert. Auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation im November, sollen Vereinbarungen zu den Säulen I (Handel), III (saubere Wirtschaft) und IV (faire Wirtschaft) abgeschlossen werden. Dieser Gipfel gilt weithin als inoffizieller Endtermin für die IPEF-Gespräche.



### **Treffen der US-Mexiko-Kanada-Freihandelskommission**

Im Mittelpunkt des dritten Treffens der USMCA-Freihandelskommission stand die Wettbewerbsfähigkeit Nordamerikas. Die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai traf sich mit ihren mexikanischen und kanadischen Amtskollegen zu Gesprächen über wirtschaftliche Integration, regionale Handelsströme in Notsituationen und Bemühungen um die Entwicklung von Arbeitskräften. Botschafterin Tai betonte die Verantwortung Mexikos, seine USMCA-Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. In bilateralen Gesprächen hob Tai laufende Handelsstreitigkeiten hervor, darunter Mexikos Energiepolitik und Biotechnologiepraktiken. Sie betonte auch die Notwendigkeit, dass Mexikos Stahl- und Aluminiumexporte in die USA im Einklang mit der gemeinsamen Erklärung von 2019 zu den Zöllen nach Abschnitt 232 auf Stahl und Aluminium stehen. Kanadas Handelsministerin Mary Ng äußerte sich besorgt über die Umsetzung eines Streitbeilegungsurteils der USA zu den USMCA-Ursprungsregeln für Kraftfahrzeuge.

### **Nationale Exportstrategie 2023 des US-Wirtschaftsministeriums**

Die Nationale Exportstrategie 2023 setzt die Prioritäten der US-Handelsförderung und legt einen koordinierten Regierungsrahmen fest, um die Wettbewerbsfähigkeit von US-Unternehmen und Arbeitnehmer auf globalen Märkten und im internationalen Handel zu fördern. Dazu gehören Exportförderungsmaßnahmen zur Verbesserung der Marktchancen in verschiedenen Sektoren, darunter Klima und saubere Technologien (Kapitel 3) sowie Fertigung und globale Infrastrukturentwicklung (Kapitel 4). Der Bericht hebt auch Regierungsprogramme und Ressourcen hervor, die US-amerikanische KMU unterstützen. Dabei wird der "U.S.- EU KMU Best Practices Workshop" des *Trade and Technology Councils* TTC erwähnt. (sh)



## Digital



## USA und EU implementieren Datenschutzrahmen

US-Wirtschaftsministerin Gina Raimondo hat bekannt gegeben, dass die USA ihre Verpflichtungen im Rahmen des EU-US Data Privacy Framework (DPF) erfüllt haben. Die EU und die Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums würden sich laut des US-Justizministeriums für die in der Exekutivanordnung zur Einschränkung der Datenübermittlung an

Geheimdienste festgelegten Entschädigung qualifizieren. Die Anerkennung trat mit der Annahme eines Angemessenheitsbeschlusses der EU für das DPF in Kraft. Unternehmen können nun ihre Teilnahme am DPF-Programm auf einer neuen Website selbst zertifizieren.

## Schlüsselrolle in Bidens Cybersecurity Plan für Internationale Partner, Wirtschaft

Der neue *National Cybersecurity Implementation Plan* des Weißes Hauses enthält mehrere Initiativen zur Förderung von Cyber-Sicherheit und Widerstandsfähigkeit bei Cyberangriffen. Unter anderem sollen in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor Best Practices erstellt, in Forschung und Personalentwicklung investiert sowie die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern gefördert werden. Die Regierung plant, mit Technologieunternehmen zusammenzuarbeiten, um die Sicherheitspraktiken in den Lieferketten der Kommunikationstechnologie zu verbessern. Zu den vorgeschlagenen Investitionen gehören Forschungen im Bereich der Post-Quantum-Verschlüsselung und verbesserte Sicherheitsmerkmale für saubere Energieprojekte. Der Plan sieht auch eine Strategie zur Schulung von Arbeitskräften durch den *National Cyber Director* vor. Auf internationaler Ebene sollen die USA mit Partnern an der Entwicklung von Standards arbeiten und den Aufbau technischer Kapazitäten unterstützen.

## FCC schlägt Cybersicherheitskennzeichnung für Smart Devices vor

Die Vorsitzende der *Federal Communications Commission (FCC)*, Jessica Rocenworcel, hat vorgeschlagen, ein freiwilliges Programm zur Kennzeichnung der Cybersicherheit von Geräten des Internets der Dinge einzurichten. Damit sollen Verbraucher die Möglichkeit bekommen, fundierte Entscheidungen zu treffen und Anreize zur Herstellung sichererer Produkte geschaffen werden. Die Kennzeichnung würde auf den vom *National Institute of Standards and Technology (NIST)* entwickelten Kriterien für Cybersicherheit basieren. Sollte der Vorschlag angenommen werden, könnte er Ende 2024 nach einer Kommentierphase in Kraft treten. (jm)



## Energie

### Hohes Beschäftigungswachstum im US-Energiesektor

Das US-Energieministerium (DOE) hat seinen jährlichen Beschäftigungsbericht für den Energiesektor (*Energy and Employment Jobs Report, USEER*) veröffentlicht. Dieser enthält Statistiken zur Beschäftigung im Energiesektor auf nationaler und bundesstaatlicher Ebene, Berichte nach Branchen, Technologien und Region, Daten zum gewerkschaftlichen Organisationsgrad, demografische Daten sowie Einschätzungen der Arbeitgeber zur Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung. Das Beschäftigungswachstum im Energiesektor lag mit 3,8% (300.000 neue Jobs) über dem US-Durchschnitt von 3,1%. Bis Ende 2022 hatte der Energiesektor 71% der im Jahr 2020 während der COVID-19-Pandemie verlorenen Arbeitsplätze wiederaufgebaut. Die Biden Regierung lobte die Auswirkungen des *Inflation Reduction Act* auf das Beschäftigungswachstum, obwohl die meisten angekündigten Energieprojekte noch nicht in den Daten des Berichts enthalten sind. Das Beschäftigungswachstum in der E-Mobilitäts- und Batteriebranche stieg um 27%, das schnellste Wachstum aller Energietechnologien. Weitere Sektoren mit hohem Wachstum waren Offshore-Wind (20%), Netzmodernisierung (12%), Kohle (22%), Erdgas (24%), Erdöl (13%), wasserstoffbetriebene Fahrzeuge (25%), Erdgasfahrzeuge (14%) und Plug-in-



### **CBOs Anreize für Ladesäuleninfrastruktur unzureichend**

Das *Congressional Budget Office* (CBO), der Wissenschaftliche Dienst des US-Kongresses, hat eine Reihe mikroökonomischer Berechnungen und Prognosemodelle veröffentlicht. Darin wird die Auswirkung des *Inflation Reduction Act* und des Infrastrukturgesetzes 2021 auf die Nachfrage nach E-Autos und das Angebot an Ladesäulen bis ins Jahr 2050 dargestellt. Fast alle Prognosen zeigen, dass die USA trotz aktueller Förderungen und Steueranreize

Bidens Ziel, 50% E-Autos aller Neuwagenkäufe bis 2030, verfehlt werden. Laut Medianprognose erreichen E-Autos einen Marktanteil von 42% bis 2032. Der Anreizeffekt beider Gesetze ist in den Berechnungen erkennbar.

### **20 Mrd. US-Dollar aus IRA für PPP und Non-Profit Clean-Tech Projekte**

Die US-Umweltschutzbehörde EPA (*Environmental Protection Agency*) hat zwei Zuschussprogramme für *Clean Tech* Projekte gestartet. Ein Vergabeverfahren soll 14 Mrd. US-Dollar über ein Bewerbungsverfahren an mehrere sogenannte *Non-Profit Clean Financing Institutions* vergeben, die dann zusammen mit der Privatwirtschaft Projekte im Bereich grüne Technologien finanzieren. Die Finanzierung bedient sich Mitteln aus dem *National Clean Investment Fund*, einem Finanzierungsinstrument des *Inflation Reduction Act* (IRA). Vierzig Prozent der Mittel müssen an benachteiligte oder Niedriglohn-Kommunen gehen. Die anderen 6 Mrd. US-Dollar gehen an Non-Profit Organisationen, die Klima-Investitionen in Kommunen tätigen, zum Beispiel Häuserrenovierungen oder die Elektrifizierung von Autofloten kleiner lokaler Unternehmen. Nach dem Start des Solar-for-All Programms im Juni, markieren die zwei Projekte die nächste Stufe der Implementierung konkreter Förderprogramme des IRA. (pm)

## ICYMI



Vom 30. bis 31. Mai fand im schwedischen Luleå das vierte Treffen des **Trade and Technology Council (TTC)** statt. Vertreter der EU und der USA diskutierten über gemeinsame Vorgehen, unter anderem in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Standardisierung, Quantentechnologie sowie über den Umgang mit Nicht-Marktwirtschaften. Die Transatlantic Business Initiative (TBI) hat die

Ergebnisse des Treffens in einer Zusammenfassung bewertet. (srs)

## Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

### **Kontakt:**

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

**DISCLAIMER**

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit [www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)**

